

Sie den Kram doch zu Hause und nicht im Plenarsaal! – Zuruf: Sie sind ein Hetzer!)

Mit dieser Angst, die Sie schüren, treiben Sie die Menschen immer in Abhängigkeiten, die sie wiederum für die für sie treu sorgende, aber strenge Obrigkeit gefügig macht.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Helmut Seifen^{*)} (AfD): So benutzen Sie auf ganz perfide Weise die Ängste der Menschen vor COVID-19, um Ihre zerstörerische Schulpolitik ein weiteres Mal durchzusetzen. Das wird Ihnen nicht gelingen.

Wir lehnen den Antrag ab und stimmen dem Gesetzesentwurf zu. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Seifen. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende der Aussprache zu Tagesordnungspunkt 14.

Wir kommen zur Abstimmung, nämlich zunächst über den **Gesetzesentwurf** der Landesregierung **Drucksache 17/9051**. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des Gesetzesentwurfs an den **Ausschuss für Schule und Bildung**. Möchte jemand der Überweisungsempfehlung widersprechen? – Das ist nicht der Fall. Möchte sich jemanden enthalten? – Das ist auch nicht der Fall. Dann haben wir so überwiesen.

Damit kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/9029. Die antragstellende Fraktion hat direkte Abstimmung beantragt. Wer also dem Inhalt des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, FDP und AfD. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/9029 abgelehnt**.

Ich rufe auf:

15 Coronaschutzverordnung: Willkür beenden – NRW wieder „aufmachen“!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/9048

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat für die antragstellende Fraktion Herr Kollege Tritschler das Wort.

Sven Werner Tritschler (AfD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schwer, momentan den Überblick über den Schwall von Verboten zu bewahren, den die Ministerien über den Bürgern auskippen.

Das Betreten von Spielplätzen ist zum Beispiel verboten wie auch das Sitzen auf Bänken auf Spielplätzen – es sei denn, die Bank steht erkennbar außerhalb eines abgrenzenden Zauns oder Busches an einem Spielplatz.

Picknicken und Grillen sind in der Öffentlichkeit verboten und kosten 250 Euro Bußgeld. Ein Picknick ist aber nur gegeben, wenn das Essen von zu Hause mitgebracht wird und nicht irgendwo auf dem Weg erworben wurde; sonst ist der Verzehr auch öffentlich zulässig.

(Heiterkeit von Helmut Seifen [AfD])

Grillen im eigenen Garten ist wiederum erlaubt; es darf aber nicht mit lauter Musik ausarten, denn sonst droht dem Gartenbesitzer ein Bußgeld von bis zu 2.500 Euro.

Am Montag – wir freuen uns alle darauf – dürfen die Friseure wieder öffnen, nicht aber die Nagel- und Kosmetikstudios.

Zudem darf der Friseur auch wirklich nur das Haupthaar kürzen; Bärte und Augenbrauen sind hingegen weiterhin tabu.

(Heiterkeit von der AfD)

Schon seit letzter Woche darf der Einzelhandel wieder öffnen, aber nur bis 800 m² – außer es handelt sich um ein Möbel- oder Autohaus, ein Fahrradfachgeschäft oder einen Babyfachmarkt, denn dann gilt wiederum keine Flächenbegrenzung.

Meine Damen und Herren, seit Wochen drangsaliieren Sie die Bürger mit solchen absurden Regelungen.

Als die AfD schon im Februar die drohende Pandemie zum Thema machte, wurde das von Ihren Parteifreunden in Berlin zum Beispiel belächelt. Es hieß, man habe alles im Griff. – So sind wir dann in diese Krise hineingestolpert.

So erklärte Ministerpräsidenten Laschet beispielsweise noch am 11. März, man müsse die Schulen nicht schließen – nur, um es dann zwei Tage später am 13. März doch zu tun.

Erst sollten die Restaurants unter Auflagen geöffnet bleiben, dann wurden sie komplett geschlossen.

Wochenlang wurden Menschen aus Hochrisikogebieten wie dem Iran und China eingeflogen, ohne dass auch nur eine Kontrolle der Körpertemperatur erfolgte, während die Deutschen längst in ihre Wohnungen gesperrt waren.

Verlassen Sie sich darauf: Wir werden über dieses kolossale Staats- und Regierungsversagen zu gegebener Zeit noch reden, auch an dieser Stelle.

Es ist nun aber in dieser Debatte etwas eingetreten, wovon wir bereits vor Wochen gewarnt haben: ein Gewöhnungseffekt und eine Beweislastumkehr.

Wir werden auch in dieser Debatte gleich sehen: Plötzlich muss sich nicht mehr der rechtfertigen, der den Menschen ihre Grundrechte oder ihre Existenzgrundlage nimmt, sondern derjenige, der die Menschen in ihre eigentlich selbstverständliche gottgegebene Freiheit zurückentlassen möchte.

Das verwundert bei näherem Hinsehen auch nicht, denn wer bestimmt die Debatte? – Politiker, sogenannte Experten, die ihre Fachmeinung gerne mal auch im Wochenrhythmus ändern, und GEZ-Journalisten – alle mit krisenfesten Einkommen, also gerade nicht diejenigen, die nicht wissen, wie sie ihre Rechnungen bezahlen sollen, weil sie in Kurzarbeit sind oder weil ihnen der Betrieb zugemacht wurde.

Was ist nun das Ziel all dieser Maßnahmen? – Am Anfang war viel von „Flatten the Curve“ die Rede. Davon hören wir in den letzten Tagen gar nichts mehr. Die Zahl der Neuinfektionen sollte reduziert werden, um das Gesundheitswesen nicht zu überlasten.

Mission erfüllt, meine Damen und Herren, ja sogar übererfüllt: Die Kliniken sind leer. Sie schicken inzwischen Mitarbeiter in Kurzarbeit oder importieren Patienten aus dem Ausland.

Es gibt schlicht und ergreifend keinen Grund mehr, die Menschen weiter einzusperren. Wie lange soll es dann dauern – bis wir irgendwann, vielleicht in einem Jahr, vielleicht auch erst zwei oder drei Jahren, einen Impfstoff haben?

Sie haben keinen Plan, und Sie haben keine Exitstrategie. Deshalb wird jeder, der dieses planlose Gewurschtel der Regierung auf Bundes- oder Landesebene kritisiert, als Lockerungsforderer oder gar als Coronaleugner diffamiert. Überhaupt sei die ganze Debatte – Zitat Kanzlerin – eine Öffnungsdiskussionsorgie.

(Heiterkeit von Helmut Seifen [AfD])

Den Preis für diese Arroganz und Ignoranz der Macht werden die Menschen in unserem Land bezahlen: mit Verarmung, mit Insolvenz, mit verbauten Lebenschancen und am Ende dann auch mit ihrem Leben und mit ihrer Gesundheit.

Es geht eben nicht darum, Gesundheit und Wirtschaft gegeneinander auszuspielen. Nur unsere Wirtschaft und unser Wohlstand ermöglichen es uns erst, eine so hohe Lebenserwartung zu haben, einen so hohen Gesundheitsstandard zu haben. Es ist kein Geheimnis, dass weniger Wohlstand mit niedrigerer Lebenserwartung einhergeht. Und wie viele Menschen werden wohl daran sterben, dass unsere

abgewürgte Volkswirtschaft weniger Geld zum Beispiel für das Gesundheitswesen erwirtschaften kann?

Ja, meine Damen und Herren, Sie müssen jeden Tag aufs Neue rechtfertigen, warum Sie die Menschen einsperren und die Läden zusperren. Denn die Opfer, die die Menschen bringen, werden jeden Tag größer. Und das muss man leider mittlerweile auch sagen: Sie werden auch jeden Tag sinnloser.

Derweil tut sich unser Ministerpräsident, der leider mit Abwesenheit glänzt, Herr Laschet, in den Talkshows und Gastbeiträgen dieser Welt als größter Öffnungsforderer hervor. Doch was bleibt in der Realität davon übrig? – Eine Ausnahme für Möbelhäuser und Babyfachmärkte. An keiner Kamera kommt er derzeit vorbei, ohne vor den Folgen des Shutdowns zu warnen – zu Recht. Und warum beendet er ihn nicht? Warum versteckt er sich vor der Debatte hier im Landtag, in der Volksvertretung, wo sie eigentlich hingehört?

Meine Damen und Herren von der Landesregierung, Herr Laschet – vielleicht hört er ja zu –, für NRW sind Sie alleine in der Verantwortung, und Sie hätten diesen unsinnigen Shutdown längst beenden können. Es ist eine reine Ländersache. Dazu brauchen Sie nicht auf die Kanzlerin zu warten, nicht auf den Ministerpräsidenten vom Saarland, nicht auf den Bürgermeister von Bremen, ja, und nicht einmal auf Herrn Söder.

Diese Frage ist für viele Menschen viel zu wichtig, um in irgendwelchen Hinterzimmern ausgekungelt zu werden, und sie ist auch viel zu wichtig, um zu einem Schönheitswettbewerb für die Union-Kanzlerkandidatur zu werden. Sie gehört hierher in die Volksvertretung von Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren.

Stattdessen spielt man aber lieber „Ministerpräsidenten-Mikado“: Wer sich zuerst bewegt, hat verloren. Auf jeden Fall verloren haben dank dieser Politik die Menschen im Land.

Meine Damen und Herren von der Landesregierung – es sind nicht so viele, aber immerhin –, dieser Shutdown ist längst nicht mehr zu rechtfertigen. Er fordert riesige Opfer, und er hat keinen nachvollziehbaren Nutzen mehr. Zögern Sie jetzt keinen Tag mehr! Werden Sie Ihrer Verantwortung gerecht! Machen Sie NRW wieder auf und geben Sie den Menschen in diesem Land endlich ihre Freiheit zurück! – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Tritschler. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Dr. Optendrenk.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Worte erzeugen Vorstellungen und Bilder. Als ich die Überschrift über dem Antrag der AfD gelesen habe, „NRW wieder aufmachen“, da bin ich stutzig geworden. Sollte ich mich in der AfD so getäuscht haben? Für mich steht diese Partei für Zumachen, für Dichtmachen, für Grenzen schließen. Heute Nachmittag haben wir das in einem anderen Tagesordnungspunkt ja schon erlebt.

(Helmut Seifen [AfD]: Ich gebe Ihnen mal unser Programm mit!)

Als ich dann weitergelesen habe, wurde mir klar: Na ja, es ist eigentlich nur wieder einer der vielen Anträge nach dem immer bekannten Muster. Sie suchen sich eine Gruppe von Menschen aus, die aktuell große Sorgen und Nöte hat, spielen sich zu deren vermeintlichem Sprachrohr auf, instrumentalisieren und missbrauchen die Sorgen der Menschen und schüren deren Ängste.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Sie verstärken Unsicherheiten. Sie verwenden möglichst plakative Etiketten. Sie verzichten auf Differenzierung. Sie bieten vermeintlich einfache Lösungen; Herr Tritschler hat das gerade wieder exemplarisch vorgeführt. Kurz gesagt: Sie sind und Sie bleiben verantwortungslose Populisten. Es gehört zu Ihrer Faustregel, Angst zu vermehren und möglichst nicht erfüllbare Erwartungen zu schüren, damit die anderen dann möglichst an Ihren Erwartungen scheitern.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Ich kann nur mit den Worten von Papst Franziskus dazu sagen: Populismus ist böse und endet schlecht, wie das vergangene Jahrhundert gezeigt hat.

(Zuruf Sven Werner Tritschler [AfD])

Dabei hat die Politik gerade in einer solchen Ausnahmesituation eine besonders hohe Verantwortung. Wir befinden uns in einer weltweiten Krisensituation, auch wenn Sie immer versuchen, das hier auf eine lokale oder Landesebene runterzuzonen, als wenn sich alle anderen auf dieser Welt mit dem Thema der Pandemie nicht beschäftigen würden oder völlig andere Wege gingen. Die Wahrheit ist eine andere, und das wissen Sie.

(Helmut Seifen [AfD]: Schweden!)

Die Welt ist durch das Coronavirus in ihren vertrauten Strukturen getroffen. Uns stehen die Bilder der Militärlaster von Bergamo oder aus New York noch vor Augen.

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

Ich kann mich nicht erinnern, dass solche Bilder bei einer Grippewelle in den letzten Jahren in Europa oder in Amerika schon mal gesendet worden sind.

(Zuruf von Andreas Keith [AfD])

Notbeerdigungen im Central Park, kein verfügbarer Impfstoff, kein verfügbares Medikament. Das ist für ein Gesundheitssystem etwas völlig anderes als eine Grippewelle, übrigens unabhängig von den reinen Todeszahlen.

Deshalb ist es die Aufgabe von Staat und Politik, so zu handeln, dass die Gesundheit, dass Leib und Leben der Menschen geschützt werden, die Gefahren für unsere gesamte Gesellschaft und auch die sozialen und wirtschaftlichen Folgen so beherrschbar wie möglich sind.

Staat und Gesellschaft können das nur gemeinsam schaffen. Wir brauchen die Bürgerinnen und Bürger dafür, und sie haben auch in den letzten Wochen in einer ganz bemerkenswerten Weise mitgemacht. Das war wichtig. Die Akzeptanz der einschneidenden Maßnahmen war hoch. Aber es ist auch richtig: Je länger diese Maßnahmen andauern, desto mehr brauchen wir verantwortliche Wege aus dieser Krise heraus und müssen diese auch in verantwortlicher Weise schrittweise umsetzen.

Worte erzeugen Vorstellungen und Bilder. Von diesen wird unser Verhalten geleitet. Und wer Begriffe wie „Willkür“ verwendet, der ist auch verantwortlich für die Wirkung dieser Begriffe. Sie sprechen in Ihrem Antrag von „Willkür“ in dem Wissen, dass das Wort „Willkür“ assoziiert wird mit Ungerechtigkeit, mit Gewalt, mit Unrecht. Das ist eine toxische Sprache, die ihr Ziel einmal mehr verdeutlicht: Denn gegen Willkür muss man sich ja vermeintlich wehren.

(Helmut Seifen [AfD]: Muss man auch!)

Und Sie spielen dann den vermeintlichen Verstärker der besorgten Menschen, spielen den vermeintlichen Anwalt, den Verstärker.

Die Wahrheit ist aber: Sie spielen es nur. Es geht Ihnen nämlich gar nicht darum, dass Sie jetzt Freiheit und Grundrechte sichern. Sie haben vor sechs Monaten genau das Gegenteil bei allem vertreten wie jetzt.

Es geht Ihnen darum, Menschen zu instrumentalisieren, Gruppen zu instrumentalisieren. Damit handeln Sie schlicht und ergreifend verantwortungslos. Aber was war auch anderes zu erwarten? Verantwortung von Ihnen? Sie sind ja nicht einmal bereit, Verantwortung für das zu übernehmen, was im Namen Ihrer Fraktion in Nordrhein-Westfalen veröffentlicht wird. Was will man von Ihnen anderes erwarten?

Viele Menschen sind von den wirtschaftlichen Folgen der Krise existenziell bedroht. Wir haben hierüber in den letzten Wochen anders, als Sie das eben geschildert haben, mehrfach im Plenum diskutiert. Wir haben ein Gesetzesverfahren intensiv durchgeführt, trotz Pandemiezeit, trotz der Frage, wie man es möglichst schnell und effizient machen kann. Wir haben hier als Parlament mit allen Fraktionen intensiv diskutiert. Es hat hier stattgefunden, und Sie erzeugen

für der Öffentlichkeit den Eindruck, es habe nicht stattgefunden. Das ist genauso verantwortungslos.

(Andreas Keith [AfD]: Sie wollten das durchdrücken!)

– Sie haben doch überhaupt keine Mehrheit dafür gehabt, anders zu verfahren. Wir haben das gemeinsam mit dem Parlament durchgesetzt, Herr Keith. Erzählen Sie doch keine Märchen.

(Andreas Keith [AfD]: Sie erzählen Märchen!)

Wir alle kennen die gewaltigen Zahlen, die Bund und Länder in den letzten Wochen aufgebracht haben, um die ökonomischen Folgen der Krise für möglichst viele Bevölkerungsgruppen, für möglichst viele Menschen zu begrenzen. Aus unseren Wahlkreisen kennen wir alle ganz viele Einzelbeispiele. Und wir wissen, wie viele Menschen von den existenziellen Fragen, die daran hängen, betroffen sind.

Wir als Land versuchen nach Kräften, zu helfen. Trotzdem wissen wir: Die gigantischen Summen alleine werden es nicht machen. Wir werden damit scheitern, als Staat alle Schwierigkeiten zu bewältigen. Das ist übrigens ein gutes Beispiel dafür, dass der Staat damit scheitern würde, wenn er auch in anderen Zeiten versuchen würde, der bessere Unternehmer zu sein. Daraus folgt: Wir müssen weiterhin beides tun, die medizinische Seite beachten und den verantwortlichen Weg aus der Krise beschreiten.

Deshalb sage ich noch einmal: Es geht um Verantwortung. Die haben wir gemeinsam als Parlament und als Regierung. Wer, wie Sie es gerade getan haben, Herr Tritschler, und wie es Herr Gauland im Bundestag gesagt hat, unter dem Deckmäntelchen der Eigenverantwortung jedes Einzelnen in dieser Situation die Menschen sich selbst überlässt, der überfordert sie nicht nur, der handelt verantwortungslos.

Die Rückkehr in unser Leben ohne Pandemie und deren Folgen braucht deshalb verantwortungsvolle Politik. Wir wollen die Verringerung der Einschränkungen möglichst bald, aber verantwortlich. Wir wollen so geringe Eingriffe in unser aller Leben wie möglich, aber wir müssen so handeln, dass wir auch gegenüber den Schwächsten und der gesamten Gesellschaft dieser Verantwortung gerecht werden.

Derzeit und immer ist nicht die Zeit des Populismus, sondern der Verantwortung. Das haben Sie vermissen lassen. Deshalb werden wir Ihren Antrag selbstverständlich ablehnen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Optendrenk. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Neumann.

Josef Neumann^{*)} (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Ich frage mich, was mit der AfD los ist. Vor ein paar Wochen habe ich die Worte gehört: „Wir stehen voll hinter der Landesregierung. Wir unterstützen alle Maßnahmen“,

(Andreas Keith [AfD]: Jetzt haben wir andere Erkenntnisse!)

und heute tun Sie so, als hätten Sie mit all dem, was Sie da gesagt haben, nichts mehr zu tun. Das verwundert mich.

(Beifall von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

COVID-19 ist wahrscheinlich seit Jahren oder Jahrzehnten eine der hochinfektiösesten Viruserkrankungen. Was passiert, wenn man keine Maßnahmen einleitet, es verschläft oder es politisch nicht gewollt ist, kann man bei den Geistesbrüdern der Lega Nord in der Lombardei sehr gut nachschauen.

(Beifall von der SPD, der CDU, der FDP und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Dort konnte man sehr deutlich sehen, dass plötzlich alle zwei Tage die Infektionszahlen um 40 % stiegen, weil verheimlicht wurde, weil vertuscht wurde, weil zu Beginn so getan wurde, als sei es harmlos. Das sind die geistigen Brandstifter, wenn es darum geht, Menschenleben aufs Spiel zu setzen. Deshalb sollten Sie von der AfD sehr genau aufpassen, welche Forderungen Sie hier im Zusammenhang mit COVID-19 an die Landesregierung und das Land Nordrhein-Westfalen stellen.

Ja, man kann sicherlich an der einen oder anderen Stelle das eine oder andere kritisieren. Das ist überhaupt keine Frage. Das steht uns hier zu. Herr Kollege Optendrenk, der ursprüngliche Entwurf des Pandemiegesetzes, das wir in geänderte Fassung gemeinsam verabschiedet haben, ist nicht von Ihnen gestoppt worden, sondern nach meiner Erinnerung vor allem von der Opposition. Auch das gehört zur Wahrheit, die wir nicht vergessen sollten.

Wir haben es hier mit einer Auseinandersetzung bezüglich eines Virus zu tun, von der wir noch nicht wissen, wie sie enden wird. Die gesundheitlichen Schäden, die das Virus jenseits der Lungenerkrankungen, die wir heute kennen, verursachen kann, sind weder erfasst, noch wissen wir, in welche Richtung sie gehen und welche massiven Folgen sie haben werden, ob es um Herzerkrankungen, Rückenmarksschäden, Angriffe auf das Nervensystem und vieles andere geht. Das legen aktuell alle Wissenschaftler, die sich damit beschäftigen, an den Tag.

Das heißt, in dieser Situation kann man nicht einfach locker-flockig denen, die Verantwortung in diesem Land tragen, Willkür unterstellen und behaupten, sie würden alles nur deshalb tun, weil sie es gerade mal so wollen oder es ihnen eingefallen ist. Nein, es geht darum, Menschenleben zu retten. Dies gilt auch,

meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, im Gegensatz zu der Auffassung manch eines Oberbürgermeisters für Menschen, die älter als 80 Jahre sind. Das sage ich klar und deutlich.

Sie fordern unverzüglich Lockerungen. Diese Lockerungen können wir nur dann verantworten, wenn wir uns sicher sind, dass dieses Virus nicht einen Schaden verursacht, der weit über das hinausgeht, was wir bis jetzt wissen.

Ja, wir brauchen einen fortschrittlichen, einen interdisziplinären Pandemieplan, ein Pandemiekonzept, mit dem wir zukünftig arbeiten können. Wenn diese Krise vorbei ist, müssen wir die entsprechenden Lehren ziehen. Aktuell gibt es weder in diesem Bundesland noch in dieser Republik irgendjemanden, der so ein Konzept in der Hand hat, da wir alle sozusagen noch am Anfang sind.

Deshalb muss die Forderung aktuell lauten, besonnen zu sein und die richtigen Schritte einzuleiten. Sie muss lauten: Gründlichkeit vor Geschwindigkeit. Natürlich müssen wir dabei die Interessen der unterschiedlichen Wirtschaftsbereiche im Auge haben, aber der Schutz der Gesundheit der Menschen ist letztendlich das oberste Gut, welches wir als Parlament und als Verantwortliche zu schützen haben.

Wir dürfen nichts überstürzen. Vor allen Dingen dürfen wir nicht solche Fehler begehen – wir haben sie auch nicht begangen – wie diejenigen, die beispielsweise in der Lombardei die Verantwortung tragen.

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

In diesem Sinne kann ich Ihnen nur sagen, was ich heute Mittag schon gesagt habe: Versuchen Sie nicht, das eine gegen das andere auszuspielen. Es ist gerade zum jetzigen Zeitpunkt und in der jetzigen Situation der völlig falsche Ort dafür. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] – Michael Hübner [SPD]: Das war doch von der Länge angemessen! Und vom Inhalt auch!)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Neumann. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Bombis.

Ralph Bombis (FDP): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen! Sehr geehrte Herren! Die Einschränkungen und Beschränkungen, die wir den Bürgerinnen und Bürgern und den Betrieben hier in Nordrhein-Westfalen in dieser Krise von Tag zu Tag immer wieder zumuten, müssen wir immer wieder überprüfen. Wir müssen sie immer wieder rechtfertigen. Und wir müssen sie gegebenenfalls, wenn irgend möglich und verantwortbar, so schnell wie möglich lockern.

Das ist eine Forderung, die insbesondere von meiner Partei und meiner Fraktion und auch von dieser Koalition immer wieder formuliert worden ist. Auch der Ministerpräsident und die Landesregierung haben sie immer wieder formuliert. Dies ist nicht nur im Sinne der Menschen, sondern es ist insbesondere auch im Sinne der Betriebe und der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen. Die Wirtschaft wird wie in allen anderen Bundesländern dieser Republik von der Krise nicht unbeeinflusst bleiben, und wir müssen versuchen, alles zu tun, damit der Effekt so gering wie möglich ausfällt.

Ich will aber auch in aller Deutlichkeit an die Kolleginnen und Kollegen der AfD gerichtet sagen: Im Gegensatz zu Ihnen, die Sie einfach alles fordern und einfach unreflektiert und pauschal Öffnungen fordern und das auch noch ein bisschen mit irgendwelchen angedeuteten Verschwörungstheorien garnieren,

(Helmut Seifen [AfD]: Wo? Wann?)

agieren wir vorsichtig. Wir und diese Landesregierung agieren verantwortlich. Die Landesregierung agiert nach Prüfung, und sie übernimmt damit Verantwortung für dieses Land. Das ist der richtige Weg.

Wir werden weiterhin ständig prüfen, ob mehr möglich ist. Wir werden es fordern, wenn es irgendwie möglich ist. Das hat zuletzt auch heute wieder Minister Pinkwart gemeinsam mit seinen Kolleginnen und Kollegen aus Niedersachsen und Baden-Württemberg für die Gastronomie bewiesen.

Entgegen Ihrem Antrag und entgegen den von Ihnen geforderten Maßnahmen in diesem Antrag, die entweder schon erledigt und damit überholt sind oder die unverantwortlich und übertrieben sind, gehen wir mit der NRW-Koalition, geht diese Landesregierung verantwortungsvoll mit der Situation um, und zwar im Sinne der Menschen und im Sinne der Betriebe.

Eines muss aber auch klar sein: Ein völlig pauschales und übertriebenes „Jetzt öffnen wir alles“ führt dazu, dass wir einen Rückfall befürchten müssen.

(Helmut Seifen [AfD]: Das weiß doch keiner!)

Das ist noch weniger im Sinne der Menschen, im Sinne der Gesundheit und, ganz nebenbei bemerkt, auch nicht im Sinne der Wirtschaft und der Betriebe.

(Beifall von der FDP und Peter Preuß [CDU])

Es würde zu noch nachhaltigeren Folgen führen. Das ist mit dieser Koalition nicht zu machen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Bombis. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, dass die AfD-Fraktion viel zu wichtig genommen wird. Im Beschlusstext des Antrags steht, unverzüglich und unter Einhaltung aller Hygienevorgaben sollten Einzelhandelsgeschäfte wieder geöffnet werden, unverzüglich und unter Einhaltung strenger Hygieneregeln solle der Betrieb von Restaurants wieder eröffnet werden können und Tierparks seien von der Corona-Verordnung auszunehmen.

Wenn wir wüssten, wie das sicher funktioniert, wäre es längst passiert. Das ist ja genau das Problem, über das wir reden: Wir müssen genau sagen, wie der Schutz stattzufinden hat. Herr Minister, ich will mich jetzt nicht an einem AfD-Antrag allzu lange aufhalten, aber das ist die Debatte, die wir führen müssen.

Sie vermischen richtige Dinge mit falschen. Sie tun so, als würden Sie eine Öffnungsdebatte führen.

(Ralph Bombis [FDP]: Nicht mal!)

Stattdessen führen Sie eine Debatte, die die Schwachen schädigt.

(Ralph Bombis [FDP]: Wie immer!)

Nach wie vor ist es richtig, dass 0,1 % der Bevölkerung zur erhobenen Zahl der Infizierten zählen. Selbst, wenn man die Virologen ernst nehmen würde, die von der zehnfachen Menge ausgehen, lägen wir bei 1 %. Es gibt also keinen statistischen Unterschied zur vorherigen Situation. Deswegen ist der AfD-Antrag völlig zielloos und nutzlos, und in der Sache ist er auch abzulehnen.

(Ralph Bombis [FDP] und Andreas Keith [AfD] sprechen miteinander. – Andreas Keith [AfD]: Das geht mir so was von auf den Senkel! – Ralph Bombis [FDP]: Ich höre lieber Herrn Mostofizadeh zu als Ihnen!)

Es wäre ernsthaft eine Debatte über das Vorgehen in einzelnen Bereichen zu führen. Wir haben uns schon sehr ausführlich darüber unterhalten und werden es auch morgen noch mal tun, dass es Bereiche gibt – Stichwort: Pflegeheime –, in denen es natürlich unzumutbar ist, dass die Freizügigkeit in dieser Form seit nunmehr sechs Wochen in dieser Art und Weise eingeschränkt ist. Da kann man wirklich schon fast von „einsperren“ sprechen.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Und wenn hier von interessierter Seite gefordert wird, wir sollten irgendetwas öffnen und möglich machen, dann muss man schon hinzufügen, wie das funktionieren soll.

Wenn beim Friseur eine Abgrenzung vorgenommen wird, mag man das albern finden.

(Helmut Seifen [AfD]: Ja!)

Ich finde es durchaus diskutabel, sich zu überlegen, wie der Schutz gewährleistet werden kann. Ich habe kein Friseurhandwerk gelernt; ich bin nur froh, wenn ich irgendwann wieder dorthin darf. Das gebe ich zu.

(Zuruf von Markus Wagner [AfD])

Aber das darf doch nicht auf die Knochen der Beschäftigten gehen. Arbeitsschutz muss in Nordrhein-Westfalen eine wichtige Rolle spielen, und er muss auch durchgesetzt werden.

(Beifall von der SPD)

Nicht nur, weil einige Leute meinen, ihre Haare seien zu lang geworden, kann es einfach mal eben gemacht werden. So funktioniert verantwortliche Politik nicht.

Was ich noch einmal adressieren möchte: Bei allen Debatten, die wir zu führen haben, muss im Vordergrund stehen, dass die Schwachen zuerst an der Reihe sind. Nicht die Fußballbundesliga ist zuerst dran, sondern es muss möglich sein, dass Menschen, die alt sind oder zu den vulnerablen Gruppen zählen, auch nach draußen gehen, einkaufen gehen und Menschen begegnen können.

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

Wenn es dazu erforderlich ist, dass Schutzkleidung ausgeteilt wird, müssen wir das diskutieren. Das wäre etwas, bei dem meine Fraktion gerne ansetzen würde. Davon lese ich in diesem Antrag nichts, und deshalb lehnen wir ihn ab.

(Beifall von den GRÜNEN und Michael Hübner [SPD])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Mostofizadeh. – Für die Landesregierung hat Herr Minister Laumann jetzt das Wort.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man sich den AfD-Antrag durchliest, merkt man, dass Sie im Grunde genommen schreiben – diese Position kann man ja haben –, dass all das, was wir seit dem 16. März gemacht haben, falsch war – dass das alles falsch war.

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Nein! – Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Diese Position müssen Sie erklären. Ich kann Ihnen nur sagen, dass die Landesregierung die Sache von Anfang an nie auf die leichte Schulter genommen hat. Mittlerweile sind in unserem Land Nordrhein-Westfalen 1.171 Menschen gestorben.

Ich glaube, wir haben mit unseren kontaktreduzierenden Maßnahmen vieles richtig gemacht. In der Spitze haben wir Tage in Nordrhein-Westfalen gehabt, an

denen über 1.200 Neuinfektionen gezählt wurden – über 1.200. Wenn das in dem Tempo weitergegangen wäre, hätten unsere Ärzte in den Krankenhäusern, genau wie ihre Kollegen in Italien, vor schrecklichen Fragen gestanden. Sie hätten vor der schrecklichen Frage gestanden, welcher Patient ein Beatmungsgerät bekommt.

Jetzt haben wir in Nordrhein-Westfalen, wenn man es über einen Siebentageschnitt rechnet, vielleicht 300 bis 350 Infektionen und dadurch eine relativ stabile Situation in unseren Krankenhäusern. Ich bin sehr froh darüber, dass ich heute einen Brief an alle nordrhein-westfälischen Krankenhäuser unterschrieben habe, den sie morgen bekommen werden und in dem steht, dass sie nach ärztlicher Entscheidung über die Reihenfolge wieder stärker Behandlungen aller Art durchführen sollen.

Wir haben gesagt, dass sie 30 % der Betten für COVID-19 haben müssen. Es müssen aber nicht immer 30 % frei bleiben, sondern sie sollen auch Fälle behandeln, bei denen man, wenn etwas Schlimmes passiert, innerhalb von zwei Tagen auf 30 % kommen kann. Auch ich will, dass die Menschen im Gesundheitssystem wieder ganz normale Dinge machen können. Das wäre nicht möglich gewesen, wenn wir nicht diese Erfolge gehabt hätten.

Wir haben Schritt für Schritt Geschäfte geöffnet. Im Übrigen hat das Oberverwaltungsgericht gerade den Eilantrag eines Händlers zurückgewiesen, der gesagt hatte, die 800 m² seien eine Willkürgrenze; das heißt, wir haben dieses Eilverfahren im Grunde genommen gewonnen, und es hat sich bestätigt, dass wir hier keine Willkür betrieben haben.

Wir werden weitere Öffnungen zulassen können. Es geht um Spielplätze, es geht um Tierparks, und es geht um bestimmte Dinge im Sport. Darüber wird morgen geredet, und dann werden wir das per Verordnung ab Montag wieder möglich machen.

Ich will gerne das Beispiel Friseure nennen, damit Sie sehen, wie wir vorgehen. Bei den Friseuren ist es so gewesen, dass wir mit der Friseurinnung und unserem Arbeitsschutz zusammengesessen und darüber gesprochen haben, unter welchen Hygienebedingungen man wieder öffnen kann. Über das, was jetzt als Anlage entstanden ist, kann man lachen, aber das ist nun mal die Meinung der Friseurinnung und des Arbeitsschutzes; Arbeitsmediziner haben sich das auch angeschaut.

Die Friseure selber haben gesagt, dass Arbeit am Gesicht eines Menschen zurzeit nicht zu verantworten sei. Wenn das die Innung selbst, die Berufsgenossenschaft und die Arbeitsmediziner der Ärztekammer hier im Rheinland sagen, dann ist das nun mal so. Ich finde, das muss man dann für einen gewissen Übergangszeitraum einfach mal akzeptieren. Ich glaube, dass sehr viele Menschen froh sind, dass am Montag unsere Friseure wieder öffnen dürfen.

(Markus Wagner [AfD]: Um 9 Uhr habe ich einen Termin!)

Ich bin auch sehr froh darüber, dass die Fußpflege wieder öffnen darf; viele alte Menschen brauchen diese Dienstleistung. Ich denke, dass wir, wenn sich die Infektionszahlen nicht wesentlich verändern, vielleicht am 6. Mai weitere Schritte unternehmen können.

Es ist wahr, lieber Josef Neumann, auch ich kann nicht in die Zukunft schauen. Das kann niemand. Wir machen das deswegen Schritt für Schritt und auf Sicht. Ich glaube, dass das verantwortbar ist.

Ihnen, meine Damen und Herren von der AfD, muss ich sagen, dass ich sehr froh bin, in einem Land zu leben, in dem in einer solchen Situation der Mensch wichtiger ist als die Sache und in dem wir den Gesundheitsschutz der Menschen vor viele wirtschaftliche Interessen gestellt haben. Das ist eine riesige solidarische Leistung, die unsere Gesellschaft erbringt.

Aber ich bin auch Arbeitsminister, und ich will, dass das möglichst schnell überwunden wird, dass wir möglichst schnell wieder zu mehr wirtschaftlicher Betätigung kommen, denn die Menschen brauchen Arbeit, und sie müssen Einkommen haben. Das können wir nicht auf Dauer durch Kurzarbeitergeld oder Schutzschilder lösen, sondern müssen es wieder erwirtschaften. Das ist doch klar.

Aber der Mensch ist wichtiger als diese wirtschaftlichen Interessen. Unsere Generation macht die Erfahrung, dass die Gesellschaft in Europa, in Deutschland und in vielen anderen Ländern der Erde in dieser gefährlichen Seuchenlage – wenn man es mal so sagen darf – Menschenleben und Menschlichkeit vor die Sache stellt. Ich finde, es ist schön, in einer Zeit zu leben, in der das politischer Grundsatz ist. Meine Vorfahren aus früheren Generationen haben leider in Systemen leben müssen, in denen die Sache wichtiger war als der Mensch. Ich finde es schön, dass wir in einer Zeit leben, in der die Werteordnung in dieser Frage völlig klar ist.

Deswegen bin ich froh, dass es im Parlament eine Mehrheit gibt, die den Antrag der AfD ablehnt. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Laumann. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, so dass wir am Schluss der Aussprache sind.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion der AfD hat direkte Abstimmung beantragt, sodass wir nunmehr zur Abstimmung über den Inhalt des **Antrags Drucksache 17/9048** kommen.

Ich weise darauf hin, dass die Fraktion der AfD zu diesem Antrag gemäß § 42 unserer Geschäftsordnung

Einzelabstimmung beantragt hat. Da die Fraktion selber Antragstellerin ist, findet diese Einzelabstimmung nun auch statt.

Ich rufe zunächst den Feststellungsteil unter Ziffer II auf. Ich darf fragen, wer hier zustimmen möchte. – Das ist die Fraktion der AfD. Gibt es Gegenstimmen? – Dagegen stimmen die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Der fraktionslose Abgeordnete Pretzell enthält sich. Damit ist der **Feststellungsteil unter Ziffer II abgelehnt**.

Ziffer III.1: Ich darf fragen, wer der Ziffer III.1 zustimmen möchte. – Das ist die Fraktion der AfD. Gibt es Gegenstimmen? – Dagegen stimmen die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Der fraktionslose Abgeordnete Pretzell enthält sich. Damit ist auch **Ziffer III.1 abgelehnt**.

Ich rufe auf Ziffer III.2 und darf hier fragen, wer zustimmen möchte. – Das ist die Fraktion der AfD. Gibt es Gegenstimmen? – Dagegen stimmen die Abgeordneten von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Der fraktionslose Abgeordnete Pretzell enthält sich. Damit hat auch die **Ziffer III.2 abgelehnt**.

Ziffer III.3: Ich darf fragen, wer hier zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der AfD. Gibt es Gegenstimmen? – Dagegen stimmen die Abgeordneten von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Der fraktionslose Abgeordnete Pretzell enthält sich. Damit ist auch der **Ziffer III.3 abgelehnt**.

Ich rufe auf Ziffer III.4 und darf fragen, wer hier zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der AfD. Gibt es Gegenstimmen? – Dagegen stimmen die Abgeordneten der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Der fraktionslose Abgeordnete Pretzell enthält sich. Damit ist auch **Ziffer III.4 abgelehnt**.

Da alle Teile in der Einzelabstimmung bereits abgelehnt wurden, ist eine Gesamtabstimmung über den Antrag nicht mehr erforderlich. – Dazu sehe ich auch keinen Widerspruch. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/9048 abgelehnt**.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind damit beim nächsten Tagesordnungspunkt:

16 Gesetz über die Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2020 – 2. NHHG 2020)

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 17/9060

erste Lesung

Zur Einbringung des Gesetzentwurfs erteile ich für die Landesregierung Herrn Minister Lienenkämper das Wort. Bitte sehr, Herr Minister.

Lutz Lienenkämper, Minister der Finanzen: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der Great Lockdown trifft die vernetzte Welt mit voller Wucht und natürlich das international verflochtene Industrie- und Mittelstandsland Nordrhein-Westfalen gleichermaßen. Mit Ludwig Erhard gesprochen geht es aktuell einmal mehr um das richtige Maß, darum, die bestmöglichen Rahmenbedingungen dafür zu setzen, um unsere soziale Marktwirtschaft in ganz Deutschland, aber eben auch in Nordrhein-Westfalen am Leben zu erhalten.

Die augenblickliche Krisensituation verlangt nach verhältnismäßig viel Staat, und das schnell. Denn ansonsten droht der liquide Kreislauf des Systems genauso schnell zu vertrocknen, wie das Virus über uns kam. Das Ergebnis wäre ein struktureller Kollaps, der in absehbarer Zeit weder soziale noch marktwirtschaftliche Stabilität erlaubte.

Deswegen war es auch so wichtig, dass wir in Nordrhein-Westfalen dank des in diesem Haus gemeinsam verabschiedeten Maßnahmenpakets rasch gezielte finanzielle Liquiditätshilfen leisten konnten sowohl mit den Soforthilfen als auch den Maßnahmen bei den Steuern als auch den Bürgschafts- und Kreditprogrammen, die Sie alle kennen. Diese Maßnahmen helfen dabei, die spezifisch für Nordrhein-Westfalen bestehenden Lücken der Förderprogramme des Bundes zu schließen.

Es muss dabei unser gemeinsames Ziel bleiben, dass in dieser akuten Krisenphase möglichst keine wesentlichen Strukturen durch das Raster fallen und mangels Liquidität Schaden nehmen oder gar zerstört werden. Wir haben von Anfang an verdeutlicht, wachsam für solche Lücken zu bleiben.

Zwei systemrelevante Bereiche stechen aktuell hervor. Das eine sind die Institutionen und Unternehmen der öffentlichen und vor allen Dingen der sozialen Infrastruktur, und das andere sind die Finanzierungs Voraussetzungen und -möglichkeiten der nordrhein-westfälischen Kommunen. Also wollen wir dem bereits bestehenden kreditwirtschaftlichen Unterstützungsangebot der NRW.BANK für die gewerbliche Wirtschaft neue Programme für beide Bereiche an die Seite stellen und schlagen deshalb zusätzliche Haftungsfreistellungen in Höhe von insgesamt 10 Milliarden Euro in diesem Nachtragshaushalt vor.

Öffentliche Infrastrukturen – das sind Flughäfen, Verkehrsgesellschaften und vieles andere – leiden unter